



Manfred Rädlein

Stadtpark Grüne Mitte

Die Grüne Mitte ist in Rödermark mittlerweile zu einem festen Begriff geworden. Über die Nutzungsmöglichkeiten und die Ausdehnung wurde in der Vergangenheit bereits intensiv diskutiert. Es wurden Planungen in Auftrag gegeben, die nur teilweise umgesetzt wurden. Rödermark erlebt einen Zuwachs an Wohnungssuchenden und damit auch eine Nachfrage an bebaubaren Flächen. Die Wohnungsknappheit darf nicht dazu führen, Rödermarks Mitte für Wohnbebauung zu verwenden. Die FWR schlagen vor, die ursprünglichen Konzepte und Planungen der „Grünen Mitte“ wieder aufleben zu lassen, den aktuellen Gegebenheiten anzupassen und eine verbindliche Abgrenzung und weitere Ausgestaltung der Grünen Mitte zu beschließen. Die Grüne Mitte zwischen Urberach und Ober-Roden, zwischen Heiligtenweg und Ober-Rodener Straße soll als zentraler Stadtpark gestaltet werden. Die landwirtschaftliche

Nutzung, der Freizeitwert und der Naturschutz müssen dabei miteinander in Einklang gebracht werden. Besucher der Weidenkirche, der Kinder- und Jugendfarm, der Kleingärten und Freizeitsportler nutzen bereits heute gerne diesen Bereich. Die Rodau-Renaturierung für Hochwasser- und Naturschutz ist wesentlicher Bestandteil der Grünen Mitte. Das Areal am Badehaus soll einbezogen werden und die Interessen von Fußgängern, Fahrradfahrern und Hundeliebhabern müssen bei den Planungen berücksichtigt werden. Als besonderen Anziehungspunkt können wir uns mitten im Stadtpark einen Pavillon mit Biergarten als Treffpunkt für Besucher vorstellen.

⇒ Die FREIEN Wähler fordern unter Einbeziehung der Bürger eine kreative und naturnahe Entwicklung der Grünen Mitte zum „Stadtpark Grünen Mitte“.



Gerd Gries

Gewerbe- und Wohngebiete

- Gewerbegebiete sind die Quelle für Wohlstand von Gemeinden und ihrer Bürger.
- Die Stadt muss aufhören Gewerbegebiete ersatzlos in Wohngebiete umzuwandeln und dabei darauf zu verzichten, den Mehrwert durch höhere Grundstückspreise für Wohngebiete abzuschöpfen. Wenn Gewerbegebiete in Wohngebiete umgewandelt werden, muss die Stadt an anderer Stelle Ersatz für verlorenes Gelände schaffen.
- Gewerbegebiete bieten den Bürgern Arbeitsplätze und der Stadt Einkommen- und Gewerbesteuer. Diese sind ihre wichtigsten Einnahmenquellen, Gelder, auf die Rödermark dringend angewiesen ist. Womit sonst will Rödermark jemals seinen enormen Schuldenberg abbauen. Natürlich kann man fehlende Einnahmen auch beim Bürger abholen, indem man, wie in der Vergangenheit mehrfach geschehen, einfach die Grundsteuer erhöht, aber da machen die FREIEN WÄHLER nicht mit.



- FREIE WÄHLER Rödermark stehen für eine maßvolle Flächenentwicklung und ebenso für den Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Bei allen Gewerbe- und Mischgebieten soll schwerpunktmäßig eine für Rödermark förderliche, ausbaufähige gewerbliche Nutzung angestrebt werden.

- Aktuell mangelt es in Rödermark an Sozialwohnungen. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Ebenso müssen für den prognostizierten Zuzug von jungen Familien in den kommenden Jahren sowohl bezahlbarer Wohnraum wie auch Baugebiete für Eigenheime zur Verfügung gestellt werden.

⇒ FREIE WÄHLER fordern neue Baugebiete für:

- * Soziale Wohnungen und soziale Einrichtungen.
- * Bezahlbaren und gehobenen Wohnungsbau.
- * Innovatives Gewerbe, keine Industrie und keine großen Logistikhallen.



Liebe Mitbürger/innen,

fast 3 Jahre sind seit der letzten Kommunalwahl vergangen und es verbleiben noch ca. 2 Jahre bis eine neue Stadtverordnetenversammlung von Rödermark gewählt wird. Anlass für uns, Ihnen eine Halbzeitbilanz vorzulegen und die Schwerpunkte unserer parlamentarischen Aktivitäten und Initiativen aufzuzeigen. Wir haben zahlreiche Anträge in den vergangenen Jahren gestellt, die von der Schwarz/Grünen Mehrheits-Koalition meist abgelehnt wurden. Unsere Frustration als Oppositionspartei hält sich dennoch in Grenzen, weil der eine oder andere Vorschlag nach einiger Zeit in anderer Verpackung mit dem Koalitions-Label wieder auftauchte. Beispielsweise der FWR Antrag „Städtebauliche Entwicklung für Gesellschaft und Wirtschaft“, der später als „Rödermarkplan“ bei allen Fraktionen Zustimmung fand.



FWR-Fraktion: S. Kupczok, P. Schröder, J. Breslein, G. Gries, F. Kühne

⇒ Die FREIEN WÄHLER werden nicht nachlassen, auch als Opposition konstruktive Vorschläge zum Wohle unserer Stadt einzubringen, selbst wenn sich andere mit den Lorbeeren dafür schmücken. Im Folgenden haben wir einige unserer Schwerpunkte dargestellt, die auch in den nächsten beiden Jahren unsere parlamentarische Arbeit prägen werden.



Gerne sind wir bereit, auch Anregungen und Ideen von Ihnen, liebe Mitbürger/innen, aufzunehmen und gegebenenfalls in den parlamentarischen Prozess einzubringen. Sprechen Sie mich oder meine Fraktionskollegen jederzeit an oder kommen Sie zu unserer öffentlich tagenden „FWR Bürgerfraktion“

Ihr *Peter Schröder*



Siegfried Kupczok

Gymnasium für Rödermark

Rödermark braucht ein Gymnasium. Die Fakten:

- In Rödermark gibt es ca. 2000 Schüler, die eine weiterführende Schule (Klassen 5 – 13) besuchen. Die für einen hohen Qualitätsstandard bekannte Oswald-von-Nell-Breuning-Schule hat mit fast 1400 Schülern (davon ca. 1200 aus Rödermark) nach Meinung von Fachleuten die maximale Größe für eine handelbare Bildungsstätte erreicht. Konsequenz: Täglich müssen viele hundert Kinder in die Region auspendeln.
- Bereits Mitte 2012 haben die FWR einen Antrag für ein Gymnasium in Rödermark in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht, der von Schwarz/Grün niedergestimmt wurde.
- 2018 wollten FREIE WÄHLER aufgrund gesteigerter Dringlichkeit im Schulentwicklungsplan den Bedarf für ein Gymnasium dokumentiert haben. Eine interfraktionell formulierte Stellungnahme der Stadt Rödermark zu diesem Plan mit einer halbherzigen Erwähnung des Themas Gymnasium zeigte jedoch erwartungsgemäß keine Wirkung.
- Im August 2018 unternahmen die FWR daher einen weiteren Versuch in der Stadtverordnetenversammlung. Wieder verweigerten sich Schwarz/Grün und die SPD den Wünschen vieler Menschen in Rödermark. Vergleichbare Kommunen im Kreis Offenbach sind bezüglich Schulen deutlich besser aufgestellt als Rödermark.

⇒ Die FREIEN WÄHLER werden auch künftig jede Gelegenheit ergreifen, für das Ziel „Gymnasium in Rödermark“ zu kämpfen.



Straßensanierung

Jeder Bürger weiß, die Straßen Rödermarks sind teilweise in einem sehr schlechten Zustand. In den letzten Jahren wurde überwiegend notdürftig geflickt und erforderliche grundlegende Sanierungen wären laut Bürgermeister nur mit weiterer Kostenbelastung der Bürger möglich gewesen. In den Jahren der Untätigkeit hatte man keine entsprechenden Rückstellungen im Haushalt gebildet. Es resultiert daraus ein aufgestauter hoher Investitionsbedarf bei der Straßensanierung in Rödermark.

- Die FREIEN WÄHLER stellten am 11.08.2017 eine parlamentarische Anfrage, ob es ein Straßenzustandskataster gibt. Die Antwort der Verwaltung war eine Liste mit 38 (von rund 300) in Rödermark grundhaft zu erneuernden Straßen ohne Priorisierung mit einem Finanzierungsvolumen von ca. 20 Mio. Euro. Eine äußerst unbefriedigende Teilantwort.
- Dem daraufhin am 10.11.2017 gestellten Berichtsantrag wurde erneut nur fragmentarisch entsprochen. Statt eines klaren Konzeptes mit Aussagen über Zeitpunkt, Umfang und Priorität von Sanierungsarbeiten wurde der Taktik der Verschleierung der Vorzug gegeben.
- Bis heute verweigert die Verwaltung eine Aussage, ob es überhaupt ein aktuelles Straßenzustandskataster gibt.

⇒ **Die FREIEN WÄHLER werden sich damit nicht zufrieden geben und alle parlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Bürgern Transparenz zu verschaffen, wann welche Straßen zu welchen Kosten grundhaft saniert werden.**



ÖPNV

Öffentlicher Personen- Nah-Verkehr

Rödermark hat wieder ein Fahrplanheft, dank eines FWR-Antrags an den Magistrat.



Der Antrag wurde von den FWR nach Anregungen einiger Bürger gestellt. Besonders Senioren und Fahrgäste ohne Smartphone sind dankbar für diesen Service.

FREIE WÄHLER parteipolitisch ungebunden.

FWR - Bürgerfraktion

- Der direkte Draht ins Parlament für Rödermärker Bürger.
- Sie können mitbestimmen.
- Wir laden Sie ein mitzumachen.
www.fw-roedermark.de



Wir setzen uns für die Bürger unserer Stadt ein.



Jürgen Breslein

Verkehrsentlastung Urberach

Seit circa 45 Jahren beschäftigt sich die Kommunalpolitik mit einer Verkehrsentlastung der Durchfahrtsstraßen von Urberach. Seit 45 Jahren ist nichts passiert. Urberach muss von dem immer stärker werdendem Verkehr entlastet werden, um ein Mindestmaß an Lebensqualität im Ort zu gewährleisten. 2015 wurden 13.066 PKW und 463 LKW pro Tag auf der B486 gezählt, bis 2025 wird sich die Zahl nahezu verdoppeln. Viele Straßen in Wohngebieten werden intensiv von Fahrzeugen befahren, um Staus auszuweichen. Die Querung der Bundesstraße in Urberach als Fußgänger, Radfahrer oder Autofahrer ist schon derzeit gefahrenträchtig und wird in einigen Jahren zu bestimmten Tageszeiten unmöglich sein. Besonders gefährdet sind schwächere Verkehrsteilnehmer, wie Senioren, Kinder und Personen mit eingeschränkter Mobilität.

Es ist allerhöchste Zeit für eine Initiative zur Verkehrsentlastung in Urberach. Es gilt die Emissionen von Lärm und Schadstoffen zu vermindern und gerechter zu verteilen. Eine mobile Gesellschaft ohne Emissionen ist derzeit nicht möglich. **Die Solidarität gebietet es, eine für alle hinnehmbare Lösung zu finden – keiner darf sich dabei ausschließen.** Eine im Bundesverkehrswegeplan mit Dringlichkeit aufgenommene ortsnahe Umfahrung von Urberach wird derzeit von einer Bürgerinitiative und der Koalition CDU-AL/Grüne abgelehnt. Diese Gruppierungen favorisieren eine Entlastung über die Variante der K/L Trasse, leider ohne realistische Chance auf Verwirklichung, da diese bereits vom Kreis Darmstadt, von der Gemeinde Messel und von Hessen-Mobil mehrfach abgelehnt wurde.

⇒ **Die FWR werden sich weiterhin nachdrücklich für eine zeitnahe und finanzierbare Lösung einsetzen. Blockadehaltung ohne vernünftige Alternativen hilft keinem weiter!**



Ärgernis Bahnschranke in Ober-Roden

Die teilweise langen Schrankenschließzeiten in Ober-Roden sind für Rad- und Autofahrer aber auch für Fußgänger schon seit Jahren ein Ärgernis. Täglich mehr als 100 Schließzeiten verursachen teilweise lange Autoschlangen mit erheblichen Auswirkungen auf Lärm- und Schadstoffemissionen. Die Stadt Rödermark hatte sich im Zuge des S-Bahn Ausbaus, bekanntlich im Interesse der anliegenden Geschäftsleute, gegen die Unterführung in der Dieburger Straße ausgesprochen. Im Bürgermeisterwahlkampf 2017 thematisierte der CDU-Kandidat Carsten Helfmann dieses Problem. Angestoßen durch diese Diskussion beauftragte die Stadtverordnetenversammlung am 28.03.2017 den Magistrat, bei der Deutschen Bahn hinsichtlich der Verkürzung der Schließzeiten vorstellig zu werden. Geschehen ist seitdem so gut wie nichts.

- Die FREIEN WÄHLER haben deshalb am 06.02.2018 in einer parlamentarischen Anfrage Auskunft über den aktuellen Stand gefordert.
- Antwort der Verwaltung: schriftliche Kontaktaufnahme mit der Bahn im April 2017 und Einstellung von EUR 500.000 im Förderantrag „Stadtumbau“ für technische Maßnahmen. Von Lösungsmöglichkeiten keine Rede!
- Seit nunmehr fast zwei Jahren gibt es keine Info der Verwaltung über weitere Entwicklung und keine Erwähnung beim Projekt „Stadtumbau Ober-Roden“.

⇒ **Den offensichtlichen Versuch des noch amtierenden Bürgermeisters den ungeliebten Auftrag auszusitzen, werden die FREIEN WÄHLER nicht hinnehmen und sich weiterhin für einen besseren Verkehrsfluss in der Dieburger Straße einsetzen.**



Bahnhof Ober-Roden Eine unendliche Geschichte...

Ein Fall für das Schwarzbuch vom Bund der Steuerzahler?

Das Projekt Bahnhof Ober-Roden ist mit vielen Ungereimtheiten verbunden. Schon beim Kauf hat sich der Magistrat von der Deutschen Bahn über den Tisch ziehen lassen. Obwohl ein Umweltgutachten das Bahnhofsgelände als umweltbelastet eingestuft hatte, wurde die Immobilie von der Stadt erworben, mit der Maßgabe, dass alle Risiken durch den Käufer zu tragen sind. Dem einberufenen Akteneinsichtsausschuss wurde nur ein unvollständiges Dokument des Gutachtens ausgehändigt. Mitglieder der FREIEN WÄHLER bekamen vom Regierungspräsidenten das vollständige Dokument, aus dem die mögliche Umweltbelastung hervorging. Nach dem Abriss eines Schuppens auf dem Gelände wurde ein weiteres Gutachten, finanziert mit unseren Steuergeldern in Auftrag gegeben, welches erneut die Umweltbelastung feststellte. Ca. **250.000 €** Entsorgungskosten hätte die Stadt Rödermark sparen können. Dieses Geld war seinerzeit für Straßensanierung vorgesehen.



Peter Schröder

- Kauf der Bahnhofsimmobilie von Deutsche Bahn: **475.000 €**
- Verkauf des Bahnhofsgebäudes an den Investor: **75.000 €**
 - * Bedingung: Der Investor stellt im Bahnhofsgebäude Toiletten zur Verfügung. Damit sollte die Stadt jährlich 18.000 € für die öffentliche Toilette sparen.
- Das Bahnhofsgebäude ist heute renoviert - ohne Toiletten.
- 2018 informiert der Bürgermeister, dass Rödermark an einen Vertrag für die öffentliche Toilettenanlage mit der Bahn über 25 Jahre gebunden ist, der uns Steuerzahlern mindestens **450.000 €** kosten wird. Weiterhin ist er der Meinung, dass die vertragliche Vereinbarung mit dem Investors eine „freiwillige Leistung“ sei. Wir fragen uns: Warum ist der Vertragsinhalt eine freiwillige Leistung?
- Das geplante Restaurant lässt auf sich warten.

⇒ **Die FWR werden nicht aufhören diese und andere Verschwendung von Steuergeldern öffentlich zu machen!**

Vereinsförderung

Rödermark hat ca. 100 Vereine, in denen viele tausend Mitglieder und damit ein Großteil der Bürger/innen Rödermarks organisiert sind. Die Kultur- und Sportvereine spielen für das Zusammenleben, die Lebensqualität, das Freizeitverhalten und die Integration in unserer Stadt eine zentrale Rolle. Die Förderung von Sport und Kultur wurde aus gutem Grund in der Hessischen Verfassung zum Staatsziel erhoben. Die Vereine leisten eine wesentliche Arbeit von hohem Wert für die Gemeinschaft. Dies ist nur mit angemessener Unterstützung der Gesellschaft möglich, deshalb setzen sich die FREIEN WÄHLER nachdrücklich seit ihrer Gründung für die Förderung der örtlichen Vereine ein.

- Die FWR hatten Verständnis, dass im Rahmen der notwendigen Haushaltskonsolidierung 2013 auch die Vereinsförderung überprüft werden musste. FWR haben jedoch kein Verständnis, wenn bei steigenden Einnahmen und trotz gestiegener Landeszuweisungen speziell für die Finanzierung freiwilliger Leistungen keine Anpassung der Fördergelder erfolgt.
- Auf Initiative der FREIEN WÄHLER wurde 2017 die erfolgte Kürzung rückgängig gemacht, aber damit nur das Niveau von 2010 wieder erreicht.
- Erhebliche Kostensteigerungen bei den Vereinen, auch für die Erhaltung von Sporthallen und Sportplätzen, bleiben unberücksichtigt. Die Gebühren für die Nutzung des Badehauses durch Vereine hingegen wurden gegen die Stimmen der FWR drastisch erhöht.

⇒ **Die FREIEN WÄHLER werden sich auch künftig nachhaltig in der Stadtverordnetenversammlung dafür einsetzen, dass die Vereinsförderung überprüft, angepasst und gerechter gestaltet wird.**